

Erinnerung an 1933

Linksjugend [solid] MV verschenkt zum 80. Jahrestag der Bücherverbrennung in Rostock Bücher

Von Nico Burmeister

Im Mai 1933 verbrannten die Nazis in ganz Deutschland Bücher von Autor_Innen, die nicht in ihr rassistisches Weltbild passten. Am 10. Mai war es auch in Rostock soweit. Auf dem heutigen Vögenteich-Platz verbrannten die selbsternannten Herrenmenschen tausende Bücher. 80 Jahre später ist klar: das Verbrennen von Büchern sollte noch eine der geringsten Untaten der Nazis und ihrer Mitläufer_Innen sein. Um an das historische Datum zu erinnern, machten sich am 10. Mai 2013 ein halbes Dutzend junger Genoss_Innen aus Rostock, Greifswald und Stralsund auf zum Rostocker Universitätsplatz, um eine angemeldete Kundgebung durchzuführen. Bereits in den Tagen vor dem eigentlichen Jahrestag fanden verschiedenen Veranstaltungen in der Stadt statt, die Kundgebung war jedoch zumindest in Rostock der diesjährige Höhepunkt des Gedenkens.



Bei strahlendem Sonnenschein bauten wir einen Infotisch auf und legten verschiedenes Material aus. Doch unser eigentliches Anliegen war ein anderes als einen Infostand abzuhalten. Im Vorfeld unserer Aktion hatten wir unzählige Bücher von verschiedenen Genoss_Innen gesammelt, um sie an diesem Tag zusammen mit einem Flugblatt verpackt als Geschenk unter die Menschen zu bringen. Bereits kurz nachdem wir den Stand aufgebaut hatten, kamen die ersten Menschen und wollten wissen, was wir denn hier machen und vor allem, was die Berge von Geschenken

auf dem Tisch zu suchen haben. Mit großem Interesse nahmen die Menschen die Geschenke mit und zupften neugierig an den Geschenkbindern. Auch am Stand selbst konnten einige interessante Gespräche mit Jung und Alt geführt werden. Zwischenzeitlich kamen auch verschiedene Genoss_Innen vorbei, unter anderem Wolfgang Mehtling, Kreisvorsitzender der LINKEN in Rostock, Carsten Penzlin, stellv. Kreisvorsitzender, und Ralf Malachowski, Mitglied im Landesvorstand der LINKEN. Viele weitere Genoss_Innen halfen uns beim Verteilen der Bücher und der Flugblätter. In den Flyer, die den Büchern beilagen, hieß es unter anderem: *„Die Verbrennungen waren auch in Rostock ein vorläufiger Höhepunkt des Naziterrors und lies deutlich erkennen, zu welchen Verbrechen die Nazis und jene, die ihnen widerspruchslos hinterher liefen, im Stande sein würden. Rassismus und Hass auf vermeintlich Fremdes ist auch heute noch keine Seltenheit. Angriffe auf Büros und Einrichtungen nicht-rechter Organisationen nehmen zu, Übergriffe auf vermeintliche Ausländer und politische Gegner sind für die heutigen Nazis legitime Mittel zur Einflussnahme in unserer Gesellschaft.“*

Nach rund zwei Stunden waren auch die letzten Bücher verteilt. Kurz bevor wir die Kundgebung mit samt Infostand abbauen wollten, kamen noch zwei junge Menschen bei uns vorbei, die sich für unsere ausgelegte Aufkleber und CDs interessierten. Ein letztes Gespräch und dann ging es ins wohl verdiente Wochenende.

Die örtliche Polizei wurde ihrem Ruf, Linke zu überwachen und Nazis ungestört agieren zu lassen, leider einmal mehr gerecht. So auffällig, dass es fast schon komisch war, beobachteten zwei Zivilbeamte zum Ende hin unseren Stand und liefen wie zwei treudoofe Dackel auf und ab an unserem Infostand vorbei. Dennoch muss unsere Aktion als ein voller Erfolg gewertet werden. Die Reaktionen auf die Verteilung der Bücher waren durchweg positiv und am Rande der Kundgebung konnten mehrere interessante Gespräche geführt werden. Besonderen Dank für die tatkräftige Hilfe gilt vor allem Jule und Frank aus Stralsund sowie Ralf, der immer zur Stelle ist wenn jemand Hilfe braucht, und allen anderen Genoss_Innen, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Aktion beteiligt waren, und auch allen, die zu unserer kleinen Kundgebung gekommen sind.

In dieser Ausgabe

Seite 2: Editorial
Seite 3: Martina Bunge
Seite 4: Konferenz in Güstrow
Seite 6: 1. Mai
Seite 7: 8. Mai
Seite 8: Buchrezension
Seite 9: NSU

Seite 10-11: TLG-Skandal
Seite 12 : Kurt Kaiser
Seite 14 : DKP
Seite 15 : Termine
Seite 16 : Linksjugend

In der Rangliste der weltweiten Steuer-oasen liegt Deutschland auf Platz 9. Wer hätte das gedacht!? Der Kauf der TLG Immobilien durch eine Kapitalgesellschaft geriet für den Käufer zum Steuersparmodell. Es sind also nicht nur die Mieter, die über den Tisch gezogen werden, sondern alle ehrlichen Steuerzahler. Mehr zu den Hintergründen lest bitte auf den Seiten 10 und 11. Es überrascht natürlich nicht, dass dieser Skandal in den Medien vor der Bundestagswahl totgeschwiegen wird.

In dieser Ausgabe des Klartext findet Ihr wieder Rückblicke zu interessanten Veranstaltungen, sei es zum Thema Rente mit Martina Bunge oder zum sozial-ökologischen Umbau. Dass auch unsere Jugend sehr aktiv ist, könnt Ihr auf der ersten und auf der letzten Seite lesen. Ein paar Eindrücke vom 1. und vom 8. Mai kommen dazu. Kerstin Liebich hat außerdem zwei Leseempfehlungen für Euch.

Für Freunde des Plattdeutschen beschäftigt sich unser Autor Kurt Kaiser mit der frühen Geschichte Mecklenburgs - Auftakt einer ganzen Serie zu diesem Thema.

In der Juli-Ausgabe werden wir ausführlich vom Dresdner Bundestag berichten sowie unseren Kandidaten für die Landratswahl vorstellen. Freut Euch drauf!

Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext im Garten oder anderswo wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



KLARTEXT online

Keine Wahl- und Parteienwerbung in Briefkästen mit „keine Werbung“-Schild!

Wiederholt ist die Frage aufgetaucht, ob an Briefkästen angebrachte Schilder „keine Werbung“ auch für Wahl- und Parteienwerbung gelten.

Unter Hinweis auf den Auftrag der Parteien, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken, wie er im Grundgesetz niedergelegt ist, wird vertreten, dass solche Schilder bei Parteien- und Wahlwerbung keine Geltung beanspruchen können.

Diese Auffassung ist allerdings unzutreffend. Übersendung von Werbematerial trotz eines erklärten entgegenstehenden Willens stellt eine Besitz- bzw. Eigentumsstörung und darüber hinaus eine Störung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts dar und löst einen Abwehrensanspruch aus. Diese Auffassung wird durch die Rechtsprechung bestätigt.

Es gilt damit:

Wer in Briefkästen mit einem Schild „keine Werbung“ Partei- oder Wahlwerbung einwirft muss mit Klagen auf Unterlassung und ggf. Schadensersatz rechnen.

Das Bundeswahlbüro verständigte sich aus diesem Grund auf folgendes Vorgehen:

1. Es wird grundsätzlich darauf verzichtet, Wahl- und Parteienwerbung in Briefkästen mit der Aufschrift „Keine Werbung“ einzuwerfen.
2. Landesverbände, die diesen Verzicht nicht umsetzen wollen, übernehmen die volle Verantwortung für die sich daraus ergebenden Folgen.
3. Die Landesvorstände können sich vor Unterlassungsklagen schützen, indem sie nachweisen, dass sie ihre Verteiler entsprechend „belehrt“ haben und dies auch schriftlich dokumentieren können.

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-landkreis-rostock.de.

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Peter Möller, Peter Hörnig,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Carsten Penzlin

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan: KNr: 1015583 BLZ: 13061128 Raiffeisenbank	Rostock: KNr: 430002084 BLZ: 13050000 OSPA-Rostock
---	---

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Infoveranstaltung zum Thema Rente

Was wir als AG Seniorenpolitik beim KV Rostock eingeschätzt hatten, wurde bei der Info-Veranstaltung zur Rente am 6. Mai Wirklichkeit. Mehr als 70 Interessierte kamen, um zu erfahren, was die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Dr. Martina Bunge, zu sagen hatte. Ihr über eine Stunde dauernder Vortrag umfasste den komplizierten Prozess von der Überleitung der Renten Ost in das Rentenrecht der BRD bis zu den Fragen, wie sie im gegenwärtigen Prozess des Wahlkampfes von den Parteien dargestellt werden.

Überzeugend argumentiert, belegt mit den Tatsachen des Verlaufs des Übergangs in das BRD-Rentenrechtssystem, verdeutlichte sie die immer noch bestehenden Rentenungerechtigkeiten, entstanden durch gewollte Ignorierung der Anwartschaften aus dem DDR-Rentensystem und der Überstülpung des BRD-Rentenrechts. Ausgehend von diesen, die gegenwärtigen Rentner betreffenden Tatsachen und den hauptsächlich in den neuen Bundesländern erreichbaren geringen Einkommen (u.a. Hartz IV, Teilzeit- und Leiharbeit, unterhalb von Mindestlöhnen) ergibt das eine zum Leben nicht reichende Rente, droht Altersarmut.

Niemand, so betonte M. Bunge mehrfach, hat der PDS bzw. der Partei DIE LINKE geglaubt bzw. sie unterstützt, als sie vor Jahren schon und mehrfach durch entsprechende Anträge im Bundestag deutlich gemacht hat, dass die weiter bestehenden Rentenungerechtigkeiten sowie die geringen Einkommen Altersarmut zur Folge haben. Die Armen werden ärmer und die Reichen reicher. Das musste kürzlich auch die Bundesregierung im von ihr vorgelegten und geschönten bzw. entschärften Armutsbericht eingestehen. Speziell brachte M. Bunge zum Ausdruck, dass 22 Jahre nach dem Anschluss an die BRD für Rentner immer noch der geringere Wert der Ost-Entgeltpunkte gilt (Rentenpunktwerte ab 1.7.2013: Ost=25,74 €, West= 28,14 €). Damit wird für gleiche Leistungen eine geringere Rente gezahlt. Auch spezielle Anwartschaften aus der DDR werden weiterhin nicht anerkannt, obwohl durch die LINKE dazu mehrfach Anträge im Bundestag eingebracht, aber von der Regierungskoalition im Verein mit den anderen Oppositionsparteien abgelehnt wurden. Zuletzt im Dezember 2010 wurden 19 Anträge zur rentenrechtlichen Lösung von der Fraktion der LINKEN im Bundestag eingebracht, beispielsweise

- für mithelfende Familienangehörige von Land- und Forstwirten, Handwerkern und anderen Selbständigen;
- für einen Versorgungsausgleich in der DDR geschiedener Frauen;
- für zweiten Bildungsweg sowie Forschungsstudenten und Aspiranten;
- für ins Ausland mitgereiste Ehepartnerinnen und -partner;
- für Wertneutralität im Rentenrecht für Personen mit bestimmten Funktionen in der DDR.

Bereits 2009 versprach die Regierungskoalition im ihrem Koalitionsvertrag, bis Ende der Legislaturperiode den Ost-West-Angleich des Rentenwertes zu verwirklichen. Das wiederholte die Bundeskanzlerin Merkel später in einer Seniorentagung. Davon ist heute keine Rede mehr.

Gegenwärtig, so sagte M. Bunge deutlich, entdecken die anderen im Bundestag vertretenen Parteien angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl die Vorschläge der LINKEN und verbreiten sie als ihre Erfindungen. Sie begehen schon, bevor sie gewählt werden, Betrug. Die anderen Parteien, vorweg die SPD und die Grünen, „schreiben von uns ab, aber wir tun es“ so betonte sie. Vor Jahren, so unterstrich sie die gegenwärtige Situation, „wurden wir wegen unserer Forderungen nach Mindestlöhnen ausgelacht. Heute gibt es eine breite Debatte zu den Mindestlöhnen.“ Selbst die FDP und die CDU debattieren mit und erwägen Varianten dazu, was sie vorher strikt zurückgewiesen haben. Diese Wandlung erscheint wenig glaubhaft, zumal sie im Widerspruch zur gesamten bisherigen Politik dieser Parteien steht. Viele Jahre bestand für sie die Gelegenheit, sich den realen Vorschlägen der Partei DIE LINKE (schon von der PDS) anzuschließen bzw. sie nicht ohne Prüfung abzulehnen. Zahlreiche andere Vorschläge für die Herbeiführung größerer Gerechtigkeit durch die Umverteilung der Einkommen bzw. Reichtümer unterbreitete die LINKE im Bundestag bzw. in ihrer gesamten Politik und verankerte sie in ihrem Programm. Bisher erfolgten von den anderen politischen Parteien keine Zustimmung bzw. nur ablehnende Positionen. DIE LINKE for-

dert mehr denn je eine grundlegende Rentenreform für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter. Das beinhaltet u.a., wie M. Bunge weiter erläuterte, eine Mindestrente von 1050 €, ein Rentenniveau von 53 % des Nettolohnes, in den nächsten 5 Jahren die Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau, eine solidarische Bürgerversicherung und Kindererziehungszeiten auch für vor 1992 geborene Kinder, sowie Mindestlohn in Höhe von 10 €.

Es folgte eine lebhaft Diskussions mit zahlreichen Fragen. So u.a. zur Rente bis 67 und Abzug bei vorzeitiger Rente, wie soll die Angleichung Ost-West erfolgen, wenn die Löhne im Osten nicht steigen, zu den Kindererziehungszeiten (wie genau soll das erfolgen?) und wie ist es mit der Steuer für Rentner. Dazu gab es eine längere Diskussion, die sehr viele Unklarheiten und unterschiedliches Wissen darüber zeigte. Es wurde festgelegt, dass die AG Seniorenpolitik zu Steuerfragen einen Experten für Steuer zu einer Info-Veranstaltung einladen wird.

Insgesamt war es eine von den Teilnehmern eingeschätzte erfolgreiche Information zur Rente, wofür Martina Bunge der Dank aller ausgesprochen wurde.

Prof. Dr. Willi Hellmann, AG Seniorenpolitik beim KV DIE LINKE Rostock



Konferenz zum sozial-ökologischen Umbau

VORBEMERKUNG: DURCH DAS THEMA «SOZIAL-ÖKOLOGISCHER UMBAU – KONZEPTE UND PROJEKTE FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN» FANDEN ETWA 70 INTERESSIERTE REFERIERENDE, ZUHÖRENDE UND MITDISKUTIERENDE AM 27. APRIL '13, DEN WEG NACH GÜSTROW IN DIE VIEHHALLE ZUR GEMEINSAMEN KONFERENZ DER LANDTAGSFRAKTION, DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND DES KOMMUNALPOLITISCHEN FORUMS. DIES WAREN DEUTLICH MEHR TEILNEHMENDE ALS FÜNF TAGE VORHER NOCH BEFÜRCHTET WERDEN MUSSTE, DAS WAREN ABER AUCH DEUTLICH WENIGER ALS URSPRÜNGLICH VOM VORBEREITUNGSTEAM DER «LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT NACHHALTIGE ENTWICKLUNG» ERHOFFT UND ERWARTET WURDEN. ES ZEIGTE SICH WIEDER EINMAL, DASS UNSERE GENOSINNEN UND SYMPATHISANTINNEN, ABER AUCH INTERESSIERTE (OHNE BERÜHRUNGSÄNGSTE GEGENÜBER DER LINKEN) I.D.R. KEINEN BESONDEREN ELAN BEI DER ANMELDUNG ZU VERANSTALTUNGEN ENTWICKELN. ICH LASSE MIR NICHT EINREDEN, UNSERE GENOSINNEN UND SYMPATHISANTINNEN IN DEN KOMMUNALVERTRETUNGEN WÜRDEN EINE SOLCHE KONFERENZ FÜR ÜBERFLÜSSIG HALTEN, WEIL SIE DAS THEMA DES «SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBAU» VOLLKOMMEN VERINNERLICHT HABEN UND LÖSUNGEN FÜR ALLE DENKBAREN FRAGEN BEREITS IN DEN SCHUBLADEN GRIFFBEREIT LIEGEN. DA ICH NICHT SO NAIV BIN, MUSS ICH ZU DEM SCHLUSS KOMMEN, DASS WEDER DIE IMMENSE BEDEUTUNG DES THEMAS FÜR DIE POLITIK UND PRAXIS DER NÄCHSTEN JAHRE UND JAHRZEHNTE, NOCH UNSERE BESONDERE (UM NICHT ZU SAGEN EINMALIGE) HERANGEHENSWEISE AN ALLE POLITIKFELDER DURCH DIE ENGE VERKNÜPFUNG VON ÖKOLOGISCHEN, SOZIALEN UND ÖKONOMISCHEN FRAGESTELLUNG VON DER MEHRHEIT VERSTANDEN, AUFGEGRIFFEN UND UMGESETZT WERDEN. WIE BRINGT ES WOLFGANG METHLING IMMER WIEDER GERNE AUF DEN PUNKT: «DUNKELROT IST DAS NEUE GRÜN» – DA ES UNS MIT DER KONFERENZ NICHT GELUNGEN IST GENOSINNEN, SYMPATHISANTINNEN UND GANZ BESONDERS UNSERE VERTRETERINNEN IN DEN KOMMUNALVERTRETUNGEN DAZU ZU MOTIVIEREN, WIE DIE LEMMINGE IN DIE VIEHHALLE ZU STRÖMEN, UM DORT NEUES ZU ERFAHREN UND UM MITEINANDER ZU DIS-

KUTIEREN, SOLL IM NACHGANG ZUR KONFERENZ EIN READER ERSTELLT WERDEN, DER HOFFENTLICH VIELE LESERINNEN FINDET UND NICHT SOFORT IN REGALEN UND AKTENBERGEN BEGRABEN WIRD.

Der Samstagvormittag war bis kurz vor die Mittagspause mit Referaten gefüllt. Heidrun Bluhm stellte die *Rolle der Landespartei beim sozial-ökologischen Umbau in Mecklenburg-Vorpommern* dar und machte deutlich, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf die soziale und ökonomische Entwicklung nicht so sehr von einem Umbau, als vielmehr von einem Aufbau sprechen sollten. Dr. Ulrich Schachtschneider sprach zum Thema «*Grenzen des Wachstums – Zentralität der ökologischen Frage*», zeigte die Möglichkeiten und Grenzen einer weiteren Effizienzsteigerung auf und erläuterte Vor- und Nachteile unterschiedlicher ökonomischer, ordnungspolitischer und anderer Wege die erforderlichen Umbauprozesse durchzusetzen. Während seiner Ausführungen zum Thema «*DIE LINKE – ökologische Partei in Theorie und Praxis*» arbeitete Prof. Dr. Wolfgang Methling das Alleinstellungsmerkmal von DIE LINKE, nämlich die Verknüpfung der ökologischen mit der sozialen Frage, heraus. Das auf einer breiten Debatte fußende rote Projekt für einen sozialökologischen Umbau, unseren «*Plan B*» stellte Ulla Lötzer vor und grenzte dieses Projekt klar gegenüber den rot-grünen Versuchen ab einen grün-lackierten Kapitalismus zu implementieren. Schließlich brach Mignon Schwenke die Thematik noch einmal konkret auf Schwerpunkte in Mecklenburg-Vorpommern und unsere landespolitischen Aktivitäten herunter. – Nachdem die Redebeiträge am Vormittag die komplexe Thematik umrissen hatten, teilte sich das Auditorium nach der Mittagspause in zwei Mal zwei Diskussionsforen auf,

um angeregt durch Impulsreferate einzelne Themen weiter zu vertiefen. In den vier Foren wurden die Themen «*Klimaschutz und Energie*», «*Nachhaltige Regionalentwicklung*», sowie «*Ressourcenverbrauch und Recycling*» und «*Nachhaltige Mobilität*» diskutiert.

Wenn ich mir die Veranstaltung mit etwas zeitlichem Abstand in Erinnerung rufe und dabei auch die Reaktionen berücksichtige, die ich am Rande der Konferenz von den TeilnehmerInnen aufschneiden konnte, komme ich zu dem Schluss, dass die Konferenz insgesamt als Erfolg gewertet werden darf. – Von den profanen Äußerlichkeiten, vom Veranstaltungsrahmen (also der technischen Ausstattung, der angenehmen Atmosphäre und der Catering-Qualität), waren insbesondere diejenigen, die die Viehhalle zuvor noch nicht als Veranstaltungsort kennenlernen konnten, anscheinend durchaus angetan; aber das ist ja nur schmückendes Beiwerk für eine Konferenz. Mit der Konferenz sollte ein Überblick über das breite Themenspektrum gegeben werden, außerdem sollte ausreichend Zeit für die Diskussion untereinander bleiben. Um das erste Ziel zu erreichen wurde das Tagungsprogramm inhaltlich recht vollgepackt. Da die wenigsten RednerInnen es schaffen die geplanten Redezeiten zu unterbieten, fiel die Debatte im Plenum nicht unter den Tisch, aber doch kürzer aus, als es sich viele TeilnehmerInnen gewünscht hatten. – Ein Dilemma, das die Vorbereitungsgruppe erahnte, aber leider nicht abwenden konnte.

SVEN SAUER

KONFERENZTEILNEHMER, MITGLIED IN DER LAG NACHHALTIGE ENTWICKLUNG, KREISVORSTAND. LRO

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Frieden und internationale Sicherheit“ traf sich am 11. Mai in Stavenhagen und beging dabei den 20. Jahrestag ihrer Gründung. „In den zurück liegenden 20 Jahren haben wir versucht, das Thema Frieden immer wieder in die Gliederungen unseres Landesverbandes zu tragen. Mit unseren regelmäßig durchgeführten Friedenskonferenzen haben wir das friedenspolitische Profil unserer Partei sehr wesentlich geprägt“, so der Sprecher der LAG, Bernd Blumenthal. Auf der jüngsten Konferenz im März in Rostock stand der Entwurf

des Bundestagswahlprogramms im Mittelpunkt. Ausgehend von unseren Erfahrungen in der Konversionspolitik wurden dabei auch Änderungsvorschläge für das Wahlprogramm erarbeitet. „Die theoretischen Grundlagen und praktischen Erfolge bei der Umwandlung ehemaliger militärischer Liegenschaften zu zivilen Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern haben ihren Ausgangspunkt in unserer Arbeit. Die erste landesweit bedeutsame Konversionskonferenz fand unter unserer Regie 2002 in Stavenhagen statt. Die dort beratenen Handlungsschritte für eine er-

folgreiche Konversion, bilden noch heute die Grundlage für die Standortkonversion und werden von uns weiter entwickelt“, so Blumenthal. Die Mitglieder der LAG werden in den kommenden Wochen den Bundestagswahl aktiv unterstützen und dabei vor allem das Profil der Partei DIE LINKE als Friedenspartei hervorheben. Die LAG hat sich darauf verständigt, dem Landesvorstand vorzuschlagen, im Vorfeld der Europa-Wahl 2014 eine „Ostseefriedenskonferenz“ vorzubereiten und durchzuführen.

Zahlen, Fakten, Fotos

Wer etwas über die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Kuba erfahren will, hat es schwer. Die dominierenden Medien präsentieren uns einen Mix aus Lügen und Halbwahrheiten und verschweigen wichtige Informationen und Zusammenhänge. Sie beschuldigen die sozialistische Insel der Verletzung von Menschenrechten und hofieren die sogenannten Dissidenten. Diese Art von Berichterstattung lässt zudem wenig Platz für positive Meldungen.

Wir bieten deshalb Vorträge zum Thema Kuba an. Mit aktuellen Zahlen, Fakten und Fotos wollen wir ein realistisches Bild über das Land vermitteln. Unsere Referenten kennen Kuba sehr gut aus eigenem Erleben und werden in einer anschließenden Gesprächsrunde auf die Fragen der Gäste eingehen.

Wir freuen uns auf Euer Interesse. Ladet uns ein!

Die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí erreicht Ihr postalisch unter Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, E-Mail berlin@cuba-si.org.

Das Mitglied des Deutschen Bundestages, Heidrun Bluhm weilte im Rahmen ihrer Wahlkreisbereisung am Dienstag, dem 07. Mai 2013 im Landkreis Rostock. Als wohnungspolitische Sprecherin traf sie sich u.a. mit dem Geschäftsführer der Nordbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (NOVEG), Herrn Klaus Hannke. Herr Hannke informierte über den Werdegang des Unternehmens seit Beginn seiner Tätigkeit als Geschäftsführer. Waren im Jahr 2007 noch 4 Mill. Euro Schulden zu verzeichnen, schreibt das Unternehmen seit 2011 schwarze Zahlen. Der erzielte Gewinn fließt vor allem in die Sanierung und Verschönerung der insgesamt 1372 Wohnungen. Der Leerstand der 420 stadt eigenen Wohnungen geht gegen Null, werden doch gerade über diesen wichtigen Wohnungsbestand sozial verträgliche Mieten ermöglicht, die u.a. zur Absicherung der Arbeitskräfte vor Ort dringend benötigt werden. MdB Heidrun Bluhm zeigte sich erfreut darüber, dass mögliche Verkaufsoptionen der NOVEG von Seiten der Stadt vom Tisch sind.



Öffentliche Fraktionssitzung

Die Linksfraktion im Landtag hat am „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und Beendigung des Zweiten Weltkrieges“ u.a. wieder eine öffentliche Fraktionssitzung in Demmin, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, durchgeführt. Sie unterstützte damit erneut das „Aktionsbündnis 8. Mai – Demmin bleibt bunt“, das sich seit Jahren gegen Nazi-Aufmärsche nicht nur an diesem geschichtsträchtigen Tag wehrt und gegen die Verhöhnung der Opfer von Faschismus und Rassismus protestiert.

Es ist gut, dass dieser Tag in Mecklenburg-Vorpommern als offizieller Gedenk- und Trauertag begangen wird. Wir erinnern an die Menschen, die dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer gefallen sind. Die NS-Diktatur hat millionenfachen Mord in den Konzentrationslagern zu verantworten, sie steht für Krieg, Zerstörung, Flucht und Elend. Der Tag der Befreiung mahnt, dass sich diese Gräueltaten nie wiederholen dürfen.

Alle Demokratinnen und Demokraten haben die Pflicht mit dafür Sorge zu tragen, dass rechtsextremistisches Gedankengut in der Gesellschaft nicht weiter Fuß fasst. Wir alle müssen uns Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Intoleranz und Gewalt entgegenstellen. Wir alle müssen immer wieder deutlich machen: Alte und neue Nazis haben mit ihrem demokratie- und menschenfeindlichen Denken und Han-

deln keinen Platz in der Gesellschaft.

www.linksfraktionmv.de

Platt mit Hiki

Am 13. Mai fand die erste Veranstaltung mit dem Plattdütch-Verein „Klönssnack-Rostocker 7 e.V.“, dem Kulturpreisträger der Hansestadt Rostock 2009, im Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Dr. Hikmat Al-Sabty, statt. Die Autorin Ilse Frenz (92) las aus ihrem neuen Werk „Mien Rostock - Mien Plattdütch - Min Tauhus“. Für die musikalische Begleitung sorgte Eva Dittberner. Zum Abschluss meine Hikmat Al-Sabty: „Herzlichen Dank allen die gekommen waren! Es hat mir sehr viel Freude bereitet, mit Ihnen platt zu snacken.“



Andreas Reinke kandidiert



Am 8. Mai wurde **Andreas Reinke** einstimmig zur Nominierung als Landratskandidat der Partei DIE LINKE durch den Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion der LINKEN im Landkreis Rostock vorgeschlagen.

Derneununddreißigjährige Diplomjurist ist verheiratet und Vater von drei Söhnen. Er wohnt mit seiner Familie in Kösterbeck, im Landkreis Rostock.

Neben seiner beruflichen Qualifikation als Jurist bringt Herr Reinke umfangreiche politische Erfahrungen aus seinen Tätigkeiten als langjähriger Mitarbeiter von Prof.

Dr. Wolfgang Methling und aktuell als Kreisgeschäftsführer in Rostock mit.

Als Vertreter der Linken steht Andreas Reinke für soziale Gerechtigkeit. Bei seiner Vorstellung erklärte er: „Ich hoffe auf

eine Zusammenarbeit mit dem Kreistag, den Ämtern und Kommunen, die auf gegenseitigem Vertrauen basiert. Ich will eine bürgernahe Verwaltung umsetzen, mit kurzfristigen Bearbeitungszeiten und optimierten Verwaltungsabläufen.

Dabei ist mir die Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Zur Schaffung der dafür erforderlichen finanziellen Voraussetzungen sind gemeinsame Anstrengungen von Kommunalpolitik und Kreisverwaltung notwendig.“

Der nominierende Kreisparteitag findet am Samstag, den 08. Juni 2013 im „Bürgerhaus“ in Güstrow statt.

Peter Hörnig

Der 1. Mai

Der 1. Mai 2013 im Landkreis Rostock

Am 1. Mai diesen Jahres wurden unsere Aktivitäten mit schönen, frühlingshaften Wetter belohnt.

Im Kreisverband Landkreis Rostock fanden am „Maifeiertag“ oder dem „Tag der Arbeit“ gleich an drei Orten Veranstaltungen statt, an denen unsere Partei aktiv teilgenommen hat.

In Güstrow und in Teterow wurden die Veranstaltungen federführend durch den Deutschen Gewerkschaftsbund und in Bad Doberan durch das seit 1997 bestehende Aktionsbündnis „Für Frieden, Arbeit und

soziale Gerechtigkeit“ organisiert.

In Güstrow sprach **Prof. Dr. Wolfgang Methling**, Stellvertretender Kreistagspräsident, in Teterow **Andreas Lange**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Stadtvertretung Teterow, und in Bad Doberan **Thorsten Semrau**, Bürgermeister der Stadt Bad Doberan, zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Die dabei angesprochenen Themen reichten von Forderungen nach Mindestlohn, in unterschiedlicher Höhe, bis hin zum Kampf für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für faire Löhne und gegen Armut im Alter.

Angesichts der Krise in Europa und deren Auswirkungen auf die Beschäftigten hier und in Spanien, Portugal, Griechenland, angesichts der Versuche, Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu beschneiden, angesichts der großen Anzahl prekärer, mies bezahlter Jobs... war und ist es wichtig, dem Protest eine Stimme zu geben.

Über eins waren sich Organisatoren wie Teilnehmer einig, sie hören nicht auf öffentlich Flagge zu zeigen, auch über den 1. Mai hinaus.

Peter Hörnig

Von Nico Arndt erreichte uns noch folgender Artikel:

1. Mai auf dem Bad Doberaner Kamp

Das diesjährige 1. Maifest in Bad Doberan fand zwar nicht auf dem (großen) Kamp statt, dafür auf dem kleinen Kamp. Weil zeitgleich auf dem großen Kamp das Ziel für den alljährigen Mollilauf errichtet worden war.

Für alle die den kleinen Kamp in der Münsterstadt nicht kennen, dieses Kleinod liegt bei der Bäckerei Sparre zwischen dem Friderico-Francisceum Gymnasium und der Mollihaltestelle. Organisiert und durchgeführt wurde der Arbeitertag durch das Doberaner Aktionsbündnis, bestehend aus SPD, Bad Doberaner Arbeitslosentreff, Volkssolidarität e.V. und Die Linke. Die beteiligten Vereine, Parteien und Verbände waren mit Infoständen vertreten, für die Kleinen war eine Hüpfburg, für die Großen ein Bierwagen aufgebaut und umrahmt wurde es musikalisch durch einen Kinderchor und einen DJ. Festredner war der Bürgermeister von Bad Doberan, Thorsten Semrau (parteilos).

Am Infostand führten wir viele interessante Gespräche, verteilten Infomaterial, Luftballons und Kondome.

Es war also schon ein erstes Aufwärmen für den Wahlkampf im September. Die Genossen aus Bad Doberan sind bereit für den Kampf.

Der 8. Mai im Landkreis Rostock



Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Am 8. Mai, dem „Tag der Befreiung“, fanden traditionell ehrende Gedenken in Bad Doberan, Güstrow, Lalendorf, Schwaan und Teterow statt, auf denen der Opfer von Faschismus und Krieg gedacht wurde.

In Bad Doberan sprach Andreas Reinke, Mitglied der „Jungen Fraktion“ bei der Fraktion DIE LINKE im Landtag von

Mecklenburg-Vorpommern.

Sehr interessant berichtete er über Kindheitserlebnisse, wie er durch seine Großeltern in den Ferien an Hand von konkreten Ereignissen vor Ort mit der Geschichte vor 1945 vertraut gemacht wurde.

Diese gewonnenen Einblicke waren für ihn so nachhaltig, dass sie seinen weiteren Werdegang, seine politische Haltung stark beeinflussten.

Die ca. 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer lauschten nicht nur gespannt seinen Ausführungen, sondern fühlten sich gedanklich ganz nah bei ihm.

In Güstrow ehrten ca. 25 Bürgerinnen und Bürger am sowjetischen Ehrenmal die Opfer von Faschismus und Krieg, darunter Prof. Dr. Fritz Tack, Mitglied des Landtages.

Zu den Anwesenden sprach Dietmar

Buchta aus Bützow. Bedenkt man, dass durch den VVN/BdA offiziell zum Ehrenden Gedenken eingeladen wurde und diese Einladung von den Stadtoberhäuptern nicht wahrgenommen wurde, dann kann man nur „neidisch“ nach Lalendorf schauen.

Eingeladen und gesprochen hat der Bürgermeister von Lalendorf, Reinhard Knaack. Die Ehrung fand am Lalendorfer Panzer statt. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sind der Einladung gefolgt, darunter Prof. Dr. Fritz Tack, Mitglied des Landtages, der Vorsitzende des Amtsausschusses Krakow am See und Bürgermeister von Dobbin-Linstow, Wilfried Baldermann, der Bürgermeister der Stadt Krakow am See, Wolfgang Geistert, sowie Unternehmerinnen und Unternehmer die in Krakow am See bzw. in Güstrow tätig sind.

Sie alle vereinte ein Gedanke: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

Peter Hörnig

... und in Rostock



Am 8. Mai wird auch in Rostock traditionell der Befreiung vom Nationalsozialismus gedacht, so auch in diesem Jahr. Mit über hundert Teilnehmern war die Veranstaltung am Puschkinplatz gut besucht. Ida Schillen (Vors. der Rostocker VVN-BdA) und Juri Rosov (Jüdische Gemeinde) mahnten, das Gedenken an die Opfer der Nazi-Herrschaft aufrechtzuerhalten.



Kerstin Liebichs Leseempfehlungen



Jan Korte „Geh doch rüber!“

Erstaunlicher Weise gibt es in meinem Umfeld eine Reihe von Menschen, die sich Bücher schreibend verewigen. Das Wirken reicht vom politischen Sachbuch, Beobachtungen und Reportagen hin zum Roman. Grund genug an dieser Stelle ein paar von diesen Büchern vorzustellen.

Den Anfang macht Jan Korte mit seinen feinsten Beobachtungen aus Ost und West „Geh doch rüber!“. Was für ein Lesespaß. Mit der ersten Seite entfaltet sich ein Schmunzeln auf dem Gesicht. Das bleibt bis zur letzten Seite erhalten, zwischendurch wird auch mal ein herzhaftes Lachen daraus.

Jan Korte spielt in der Bundesliga der deutschen Politik mit, ist seit 2005 Mitglied des Bundestages. Bis dahin hat er sich in den Niederungen der Parteipolitik herumgetrieben, demonstriert, argumentiert, gepöbelt und ernsthaft gekämpft. Er ist sich auch heute nicht zu schade in Bitterfeld und Wolfen, Köthen und Staßfurt für „Schlüpper“ zu streiten.

Genau darüber berichtet er in seinem leider viel zu dünnen Büchlein. In all den Jahren hat er so manche lustige Anekdote erlebt, genau beobachtet und sie jetzt aufgeschrieben. Die Geschichten sind an sich schon witzig. Das grundsymphatische ist, dass Korte immer mitten drin ist. Wenn er sich über Wessis lustig macht, dann meint er auch immer sich selbst. Und wenn er über die wunderlichen Osis berichtet, dann merkt man schnell, wie sehr er schon selbst zu einem geworden ist.

Er kann und will nicht verschweigen, dass er mit Leib und Seele bei der Sache und den Menschen ist und insofern absolut parteiisch. Ob es um die vereinigten Kleingärtner geht oder die enthusiastischen Angler, zu denen Korte sich im Übrigen

selber zählt, er ist ganz bei ihnen, nimmt sie ernst und kann genau deshalb über die Wundersamkeiten lächeln.

Durch die Geschichten erhält man einen schönen Einblick über das Zusammenwachsen unserer Republik. Aber natürlich gibt Jan Korte auch viel über sich selber preis. Man bekommt einen ziemlich guten Eindruck davon, wie dieser sachsen-anhaltinische Direktmandatgewinner tickt. Er berichtet über seine Kindheit unter undogmatischen Linken, über seine Zeit bei den Grünen und den Bruch im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg, den Neubeginn bei der PDS oder über den Alltag im Bundestag. Er verschweigt nicht, wie sehr sein Herz an altmodischer Rockmusik hängt und wie wenig er dem Zeitgeist hinterherlaufen mag.

Man will mit diesem Mann befreundet sein. Und was für ein Glück: ich bin es.

Danke Jahn für dieses süße Buch!

Kathrin Gerlof „Teuermanns Schweigen“

Ich liebe Bücher und bewundere jeden, der die Gabe besitzt, ein gutes zu schreiben. Ganz genau kann ich mich deshalb an den Tag erinnern, als ich mal wieder meinen Tagesfrust in einem Kaufrausch ertränken wollte. Der Ort meiner Wahl: Dussmann – der Bücherkonsumtempel schlecht hin. Ich streife dort also so durch die Gänge, bleibe an diesem Regal stehen, mal an jenem. Plötzlich entdecke ich auf einem der Büchertische einen Namen, den ich kenne. Kathrin Gerlof steht da. Und ich nehme das Buch in die Hand und denke „Das gibt es doch nicht, hat sie es also wirklich gemacht und ein richtiges, echtes Buch geschrieben.“ Und „Hey, ich kenne ein Schriftstellerin!“. Dabei fühlte ich einen Stolz, als hätte ich das Buch selbst geschrieben. Das Buch war „Teuermanns Schweigen“. Ich habe es sofort gekauft und seit dem viele Male verschenkt.

Kathrin Gerlof kann schreiben, mit großer Wahrscheinlichkeit alles, was es zu schreiben gibt. Ich habe von ihr Artikel gelesen, kurze Werbetexte, Porträts, Reportagen, Texte für Internetseiten und jetzt eben Bücher. Keine Ahnung, ob das für sie, so wie für mich, etwas ganz Besonderes ist oder

ob es für sie herausfordernd war. Was ich weiß ist, dass ihr ein ganz fabelhafter Roman gelungen ist.

Das Buch beschreibt die Heilung vom Zynismus durch das Geschichtenerzählen. Ein schöneres Credo kann man seinen Lesern als Autorin ja eigentlich gar nicht mitgeben. Die Welt, die Gerlof beschreibt, ist ziemlich trübsinnig, eben so, wie die ostdeutsche Realität tatsächlich sein kann. Sie lässt nichts aus, nicht die peinlichen Gipsssäulen in den vielen plötzlich wie Pilze aus dem Boden geschossenen griechischen Restaurants, nicht den Eifer mit dem Ostdeutsche sich Wappen an ihre viel zu hohen Eisenzäune zimmern. Wie man plötzlich kommunikativ sein soll und mit flachen Hierarchien umgehen will, wo doch alle noch klar hierarchisch ticken. Da scheint es nur zwei Möglichkeiten zu geben: Heulen oder eben Zynismus pur.

Katrin Gerlof offeriert ihren Lesern eine andere Alternative. Hört einander zu, redet miteinander, phantasiert, tröstet Euch, erzählt Euch Geschichten. Denn solange eine Geschichte in Deinem Kopf ist, ist noch Leben in Dir. So jedenfalls sieht Teuermann es und wohl auch Katrin Gerlof.

Sie zeigt uns, wie das gehen kann. Markov und Teuermann tun nämlich genau das. Sie erzählen einander Geschichten. Mehr oder weniger jedenfalls (Teuermann ist etwas redseliger). Keiner von beiden weiß, ob das Erzählte erfunden ist. Schrieb das Leben diese Pointe oder hat der andere sie nur erfunden? Es obliegt dem Zuhörer bzw. dem Leser zu entscheiden. Dieses Prinzip macht sich die Autorin auch selbst zu Eigen. Man weiß nicht, ob Markov Frau oder Mann ist, unklar bleibt, wie es mit den beiden weiter geht, nachdem sie ihrer beiden Leben radikal geändert haben. Das finde ich in Büchern oft unbefriedigend, hier aber gar nicht. Es ist das logische Ende dieser Geschichte.

Es bleibt Teuermanns Schweigen.

Interview zum NSU-Untersuchungsausschuss

Der Untersuchungsausschuss des Bundestages, der die NSU-Mordserie aufklären soll, hat die Beweisaufnahme beendet. LINKE-Obfrau Petra Pau erläutert, warum es jetzt um weit mehr geht als die Erarbeitung eines Abschlussberichtes.

Der Ausschuss des Bundestages zur NSU-Nazi-Mordserie hat seine Untersuchungen abgeschlossen. Was nun?

Petra Pau: Der Untersuchungsausschuss hat noch einen Abschlussbericht zu erarbeiten. Darüber soll am 3. September 2013, also noch vor der Wahl eines neuen Bundestages, im Plenum diskutiert werden.

Der Ausschuss hat den Sicherheitsbehörden Totalversagen attestiert. Was ist von dem Bericht noch zu erwarten?

Er wird über tausend Seiten mit vier Teilen haben. Ein Feststellungskapitel, in dem beschrieben wird, was wir untersucht haben. Ein Bewertungskapitel, das parteiübergreifend sehr kritisch ausfallen wird. Ein Empfehlungskapitel, was politisch, rechtlich und praktisch verändert werden sollte. Und ein Ergänzungskapitel, in dem jede Fraktion darstellt, was sie über den Ausschusskonsens hinaus anders einschätzt und vorschlägt.

So viel betonte und gelobte Gemeinsamkeit von CDU bis LINKE klingt irgendwie selbstsam?

Es gab ein anderes Agieren, als in bisherigen Untersuchungsausschüssen. Normalerweise gelten Untersuchungsausschüsse als die Hauptwaffe der Opposition gegen die Koalition. Entsprechend scharf und unsachlich wird dann gegeneinander agiert, nach dem Motto: Haust du meinen CDU-Minister, schlage ich deinen SPD-Minister und so weiter.

Das fand diesmal nicht statt, wieso?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Sie liegen auch in den Persönlichkeiten der Ausschussmitglieder. Aber es gibt einen weitergehenden.

Nämlich welcher?

Wir hatten es mit einer bislang einzigartigen rechtsterroristischen Mord-, Anschlag- und Raubserie zu tun, bei der

der Rechtsstaat komplett versagt hat. Die Taten waren rassistisch motiviert. Die Ermittlungen trugen ebenfalls rassistische Züge. Die Politik, aber auch alle Sicherheitsbehörden haben sich selbst diskreditiert.

Sagen die Betroffenen...

...zu Recht. Und nicht nur sie. Ein rassistisches Motiv der Serie und Neonazis als Täter wurden von Staats wegen nahezu komplett ausgeschlossen. Die Angehörigen der Opfer wurden jahrelang als mutmaßliche Täter verdächtigt und verfolgt. Schlimmer und auch ehrverletzender kann man nicht daneben liegen.

Aber das kennt man doch als erfahrene Linke, oder?

Die weitergehende Frage ist, wie man prinzipiell zum Rechtsstaat steht. Er ist historisch eine positive Antwort auf Selbstjustiz und Rechtlosigkeit. Deshalb muss man ihn verteidigen und verbessern.

Was hat das mit dem Untersuchungsausschuss zu tun?

Der Rechtsstaat hat die NSU-Opfer nicht geschützt und den Angehörigen bislang nicht zum Recht verholfen. Wenn die Betroffenen überhaupt noch Hoffnungen hegen, dann in den Untersuchungsausschuss.

Und das war Ihre Klammer?

Ja, beides: Wir haben uns von Anfang an die Opferperspektive zueigen gemacht, und wir waren uns ebenso einig: Der Rechtsstaat gilt für alle oder für niemanden. Dieses Band zwischen den Obleuten von der CDU/CSU bis zur LINKEN hielt bislang und es wird im Ausschuss auch halten.

Oh je, eine LINKE im Bunde mit der CDU/CSU?

Diesen rein ideologischen Vorwurf dürfte es umgekehrt bei Teilen der CDU/CSU auch geben. Ich hoffe nur, er schlägt bei der abschließenden Plenardebatte nicht durch - bei keiner Fraktion.

Bei welchen Fragen scheiden sich die Geister?

Ich nehme mal die größte Differenz. Von der CSU bis hinein in die Grünen glaubt

man, der zentrale Versager beim NSU-Desaster, nämlich der Verfassungsschutz, lasse sich reformieren und besser kontrollieren. DIE LINKE bleibt dabei: Die unsägliche V-Leute-Kumpanei des Staates mit Nazis ist sofort zu beenden und die Ämter für Verfassungsschutz sind als Geheimdienste aufzulösen.

Die Innenminister wollen sich gerade auf neue Regeln zur die Führung von V-Leuten einigen.

Auch das ist Augenschere. Will ein Geheimdienst harte Informationen aus der Naziszene erhalten, dann muss er mit Hardcorenazis kooperieren - kurzum: mit Verbrechern. So, wie der Brandenburger Verfassungsschutz es mit „Piatto“ tat, einem wegen versuchten Mordes verurteilten Neonazi. Und dann kommt Problem zwei. Selbst wenn der Verfassungsschutz dadurch Hinweise bekam, dann behielt er sie für sich, um seine geheime „Quelle“ nicht zu offenbaren. Genutzt hat dies alles letztlich nur der Naziszene, einschließlich NSU-Bande, die man vorgeblich bekämpfen wollte.

Worin gibt es im Ausschuss Übereinstimmungen?

Zwischen SPD, LINKEN und Grünen wohl in der Frage, dass gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus nicht länger von Staats wegen kriminalisiert werden darf, sondern endlich verlässlich gefördert werden muss. Ob die Union und die FDP ebenfalls entsprechenden Empfehlungen folgen, wird sich zeigen.

Vor nunmehr eineinhalb Jahren, am 4. November 2011, war die Nazi-Bande aufgeflogen. Danach wurde das ganze NSU-Desaster offenbar. Was hat sich seither verändert?

Tatsächlich so gut wie nichts. Alle Aktivitäten des Bundesinnenministers erweisen sich bei genauem Hinsehen als brotloser Aktivismus. Und die für Prävention zuständige Familienministerin schweigt beredt.

Fortsetzung sauf Seite 15



TLG-Skandal: Finanzamt und Staatsanwaltschaft eingeschaltet



Der Verkauf der TLG Wohnen GmbH an die TAG Immobilien Aktiengesellschaft durch das Bundesfinanzministerium Ende 2012 war für die Mieterinnen und Mieter der 11.500 betroffenen Wohnungen ein denkbar schlechtes Geschäft. Schon jetzt, nur wenige Monate nach dem Verkauf, kündigen sich satte Mieterhöhungen an. Zunächst „nur“ für Neumieter. Für die gibt es keine Sozialcharta. Nach und nach auch für die „Altkmieter“. Denn vor Mieterhöhungen schützt die zwischen Bundesfinanzministerium und der TAG AG ausgehandelte Sozialcharta nicht. Der Vorstandsvorsitzende der TAG AG findet das Mietenniveau in Deutschland lächerlich niedrig und hält es für seine wichtigste Mission, aus den Wohnungen, wie aus beliebigen anderen Renditeobjekten, den höchstmöglichen Profit für die Aktionäre herauszupressen.

Für die TAG AG war der Kauf schon jetzt ein gutes Geschäft. Die hat die Wohnungen deutlich unter dem Bilanzwert „geschossen“ und beim Kauf der Wohnungen ausgerechnet mit Hilfe des Finanzminis-

ters auch noch kräftig Steuern gespart. Verkäuferin, also die Bundesrepublik Deutschland und Käufer TAG, ein international agierender Finanzinvestor, haben nämlich einen „Share Deal“ gewählt, bei dem für den Käufer keine Grunderwerbssteuer anfallen soll. Immerhin 23,55 Millionen Euro, die den ostdeutschen Bundesländern auf diese Weise verloren gehen. Denn den Ländern – und nicht dem Bund – steht diese Steuer zu. Beim Verkauf

der TLG Gewerbeimmobilien an den US-Amerikanischen Hedge Fonds Lone Star hat die Bundesregierung das gleiche Spiel noch einmal gespielt und die ostdeutschen Bundesländer um weitere 55 Millionen Euro geprellt!

Damit nicht genug: Jetzt zeigt sich, dass die im Auftrag des Bundes agierenden Barclays Capital Bank bei dem Deal mit den Wohnungen offenbar an beiden Enden des Geschäfts kräftig Honig gesaugt hat.

Sie war einerseits von der Bundesregierung als Transaktionsberaterin für die Privatisierung der TLG Unternehmen angeheuert und honoriert worden. Sie selbst beteuerte „hinsichtlich der beabsichtigten Transaktion für den Verkäufer und für niemanden sonst“ tätig zu sein. Gleichzeitig hat die selbe Barclays Bank aber das notwendige Kapital für die TAG AG beschafft, damit die das Geschäft überhaupt wuppen konnte. Sie hat – vermutlich gegen gute Provision – für die TAG AG 30 Millionen Aktien verkauft und ihr, um ganz sicher zu ge-

hen, auch noch eine Brückenfinanzierung angeboten, damit sie – so verrückt das klingt – der TAG AG eine ausgezeichnete Bonität und Transaktionssicherheit bescheinigen konnte. Dem Bund hat sie dann den Verkauf an die TAG AG und gleichzeitig den Aktienanlegern öffentlich die TAG Aktien zum Kauf empfohlen. Sie war zeitweilig sogar selbst mit 9,3 Prozent Stimmenanteilen an der TAG AG beteiligt und sie ist – wen wundert das noch – eine der Hausbanken der TAG AG!

Was muss man eigentlich noch tun, damit die Finanzämtern und die Staatsanwaltschaft munter werden? Selbstanzeige? Da helfen wir lieber nach. Am 16. Mai 2013 haben wir die erforderlichen Belege an das zuständige Finanzamt und an die Staatsanwaltschaft Berlin übergeben.

Dabei wäre das alles nicht nötig gewesen. Auch die Genossenschaft „FAIRWOHNEN“ hatte sich am Bieterverfahren um die Wohnungen beteiligt. Sie hat der Barclays Bank einen angemessenen Preis geboten, selbstverständlich dabei die Grunderwerbssteuer mit einkalkuliert und sie hat sich zu einer Genossenschaftsatzung verpflichtet, mit der die Mieterinnen und Mieter auch in Zukunft sicher und preiswert in ihren Wohnungen leben und selbst demokratisch mitbestimmen könnten. Aber das musste offenbar politisch unbedingt verhindert werden.

Heidrun Bluhm (www.linksfraktion.de)

Keine Antworten auf offenkundige Fragen zum Verkauf der TLG Immobilien

Rede von Steffen Bockhahn, Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Mitglied des Haushaltsausschusses, zur aktuellen Stunde „Haltung der Bundesregierung beim Verkauf der TLG“.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Ich finde, dass diese Aktuelle Stunde bisher wunderbar gezeigt hat, dass die Regierung keine einzige Antwort auf die offenen Fragen hat, die im Zusammenhang mit diesem Transakti-

onsverfahren auf dem Tisch liegen. (Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie drücken sich die ganze Zeit davor, auf die konkreten Fragen zu antworten. Sie kommen hier mit irgendwelchen scheinheiligen Argumenten, Behauptungen oder Klassenkampftheorien der FDP, aber Sie antworten auf keine einzige der gestellten Fragen. Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, was einer der größten Skandale in diesem Geschäft ist: Die Bundesregierung beauftragt eine Bank, Barclays, sie objektiv in einem Verkaufsverfahren mit

großer Sensibilität zu begleiten. Dafür zahlt sie an Barclays. Dieses Unternehmen betreut das Unternehmen, das kaufen will. Ein und dasselbe Unternehmen kassiert also als Verkaufsberater und als Käuferfinanzierer. Es hat am gleichen Geschäft zweimal verdient, und die Bundesregierung findet das in Ordnung. Ich nicht. (Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fortsetzung auf S. 11



(Iris Gleicke (SPD): So ist das!)

Insofern hätten solche Gemeinschaften gar nicht gebildet werden können. Ich helfe Ihnen aber immer wieder gerne nach im Bereich Kommunalpolitik. Immer wieder gerne!

(Beifall bei der LINKEN)

Und dann werden wir damit getröstet, dass man Barclays mitgeteilt habe, es hätte eine Chinese Wall geben müssen. Uns wird auch mitgeteilt, dass das aber nicht kontrolliert worden ist, weil man sich darauf verlassen habe. Wissen Sie, meine Damen und Herren, ich bin im Verwaltungsrat einer größeren Sparkasse. Ich habe mal nachgefragt, wie man das dort sieht, ob sie daran glauben würden, dass man sich an so eine Chinese Wall hält. Alle haben mir gesagt: Na ja, das Gegenteil ist schlecht zu beweisen; aber: nein.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Ich kann nur feststellen: Diese Sparkasse funktioniert sehr gut. Deswegen habe ich Vertrauen zu dieser Sparkasse. Zur Barclays-Bank und zur Bundesregierung habe ich es an dieser Stelle nicht, und das aus gutem Grunde.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Frage: „Warum haben Sie die Wohnungen nicht den kommunalen Genossenschaften oder den Kommunen angeboten?“, ist natürlich ganz interessant. Die Bundesregierung antwortet tatsächlich immer wieder, dass sie sie angeboten hätte. Die Nummer geht so weit, dass man sagt, es hätten sich ja kommunale Wohnungsgesellschaften zusammenschließen und ein gemeinsames Angebot unterbreiten können.

(Iris Gleicke (SPD): Das durften die gar nicht!)

Dazu muss man allerdings wissen, Herr Kollege Kampeter, dass die meisten Kommunalverfassungen und die meisten landesrechtlichen Regelungen es verbieten, dass ein kommunales Wohnungsunternehmen außerhalb der eigenen Kommune tätig wird.

Das heißt, Sie haben ein Angebot unterbreitet, das so gar nicht angenommen werden konnte, weil Sie nur das Paket verkaufen wollten. Sie haben nie darüber nachgedacht, die Wohnungsbestände in den Kommunen zu belassen und an die Kommunen zu übergeben. Das haben Sie auch deswegen nicht gemacht, weil Sie sich der Gesellschaft in Gänze entledigen wollten, weil Sie sich auch des Personals entledigen wollten. Wenn dann vorhin von den Zugeständnissen an die Beschäftigten gesprochen wurde, frage ich mich natürlich ganz interessiert, was das für Zugeständnisse sein sollen. Etwa, dass weiterhin der Tarif der Wohnungswirtschaft gezahlt wird oder dass nicht sofort alle entlassen werden, obwohl man sie sowieso braucht? Was für Zugeständnisse sind das? Hier tauchen schon wieder die nächsten Fragen auf.

Zu sagen, es habe bisher keine einzige Änderung gegeben, ist nur die halbe Wahrheit. Wir haben nie behauptet, dass es im Bestand Mieterhöhungen gegeben hätte. Aber richtig ist, dass bei Neuvermietungen, ohne dass auch nur eine Sache an der gesamten Wohnung geändert wurde, 20 bis 25 Prozent aufgeschlagen werden.

(Iris Gleicke (SPD): So ist es!)

Das ist auch nicht verboten. Wir kritisieren jedoch, dass Sie einen solchen Verkauf machen, sich aber überhaupt keine Gedanken über Gentrifizierungsprozesse in angespannten Wohnungsmärkten machen. Sie laden Käufer noch regelrecht dazu ein, solche Prozesse zu befördern. Somit machen Sie ganze Quartiere kaputt. Das ist Ihr Versagen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN -Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein! Nein! Das kann man so nicht

sagen!)

Sie zerstören damit auch das soziale Gefilde in solchen Gebieten.

Ich sage Ihnen noch etwas. Die Ombudsstelle ist noch sehr neu. Dass noch nicht alle Mieterinnen und Mieter darüber Bescheid wissen, muss man verstehen. Viele werden sich auch fragen: Warum soll ich mir diesen Stress jetzt antun, ich verliere doch sowieso? Denn man erlebt es immer wieder, dass man nicht gewinnt.

Ich nenne Ihnen ganz konkret ein Beispiel. Obwohl in der Sozialcharta nichts dazu steht, obwohl Sie den Mieterinnen und Mietern versprochen haben, dass sich für sie nichts ändern werde, gibt es Änderungen. Diese sind zwar laut BGB zulässig, aber sie waren nicht eingeplant. Kleinstreparaturen werden inzwischen offenkundig durch die Mieterinnen und Mieter der TAG selbst bezahlt. Das ist zulässig. Es war aber vorher anders, und Sie hatten versprochen, dass sich für die Mieterinnen und Mieter nichts ändert. Dieses Versprechen ist gebrochen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD -Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein!)

Ich will Ihnen noch einen Satz zu unserem Finanzierungsmodell sagen, das Sie immer wieder angesprochen haben. Sie können sich gerne weiter das Maul darüber zerreißen, ob wir ein seriöses Angebot unterbreitet hatten oder nicht. Das hat übrigens mit den Fragen, über die wir hier diskutieren, gar nichts zu tun. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Wohnungsgenossenschaft, die mitgeboten hat, hatte ein sehr seriöses finanziertes Angebot. Sie alle kennen denjenigen - ich nenne den Namen jetzt nicht -, der uns da unterstützt hat. Dem sollten Sie Liquidität nicht absprechen.

(Beifall bei der LINKEN - Andrea Wicklein (SPD): Das war mir jetzt zu kryptisch!)

Text und Foto: www.bockhahn.de



Oewer ein Paradies up Irden

Wenn mi einer nah mien Tohus, also mien Heimat fragt, föllt mi dei Antwort nich ganz licht. Dor strieden zwei Seelen sik in mien Bost. Dei ein Stimm in mi seggt: „Du büst siet dien zweites Lääbensjohr ein Hanseat, ´n Rostocker Pierknüppel“ Un dei anner: „Du büst as Meckelnborger ´n Büffelkopp, dat heit, an ein Urt geburn, denn Fritz Reuter as Paradies up Irden markiert hett, dat is mihr as all ´t anner.“

Oewertügt hett mi uns grot plattdütsches Vörbild, Fritz Reuter, mit sien „Urgeschicht von Meckelnborg“, wo hei schreew: „As uns Herrgott dei Welt erschaffen deed, fung hei bi Meckelnborg an, un tworsten von dei Ostseesid her, un makte dat eigenhändig farig, up dei ein Sid bet Ratzeborg un Swerin, up dei anner Sid bet Stemhagen un Bramborg, un wies´te siene heiligen Engel, wo ´t makt waren müsst, un redte tau ehr un säd, sei süllent ´t so wieder maken. Up disse Ort is uns´Meckelnborg worden, un schön ist ´t in´n Ganzen worden, dat weit jeder, dei dorin buren is; un wenn en frömd Minsch ´rinne kamen deiht, un hei hett Ogen tau seihn, denn kann hei seihn, dat uns Herrgott sien Hand up Wisch un Wald, up Barg un See sülvst rauht hett un dat hei Meckelnborg mit in sien Og fat´t het, as hei sach, dat allens gaud was.“ (1)

Doch Meckelnborg is grot, in wecker Gegend sölln wi denn Paradiesgorden säuken? „Doch woll dor, wo dat tauierst drög worden is un wo dei iersten Minschen makt sünd, bi Serrahn un Krakow, so recht middwärts in Meckelnborg.“ Allidwiel ick up ´t Gaud Dersentin tau Welt kahmen bün, wat hüt tau dei Gemeinde Kuchelmiß mit Serrahn, Hinzenhagen un Wilsen gehört, segg ick giern un nich ahn Stolz: „Ick bün mitten in ´n Paradies burn.“ (1)

Väle Städte, Flur- un Flussnamen, Holt- un Bargbeteiknungen un ok Personennamen wiesen up slawische Ursprünge hen. So ok Roztok (Rostock un Dimin (Demmin) Dei Slawen sünd dei Gründer von alle Urte mit Namen dei mit -an, -ow, -itz, -in un iß afsluten. Serrahn (Tzeran - Aalwehre), Kuchelmiß (Lieblingsurt von Nachtigallen orer Urt det strudelnden Wader), Zietlitz (Zittlitz - Kornfeld), Ahrenshagen (Adlersgarten), Langhagen (Langcovel - Wiesengarten), Schwerin (Zwerin - Wildgehege, wildet Land), Koppelow (Krümmelfeld), Krakow (Rabenurt), Dobbin (Dubin - Eikenfeld),

Teterow (Auerhahnaue), Wilsen (Wilzen - Wulfsgegend).

Stämm´von de Slawen wiern in disse Gegend dei Wenden, Obotriten, Leuticier un Wilzen. So kann man ok hierut sluten, dat hier ok mal Nachtigallen, Auerhahns un Wölfe tohus wäst sünd. Dei Slawen buugten grote Nedderungsburgen, in Bölkow, Krakow un de Bülower Burg. Ein bekannte slawische Fundurt is dei Burgwall up dei Burgwallinsel in ´n Teterower See. „Kaiser Karl dei Grote“ (768-814) un „Otto dei Grote“ (936-973) versöchten dei slawischen Stämme östlich von dei Elbe för sik unner taukriegten. Dei Slawen bugten tau ehre Verteidigung Burgen: „Burg Meckelnborg“ (Michlingung = grote Burg) südlich von Wismar dei Burg Zuarin up dei Schweriner Schloßinsel, dei Burg Werle an dei Warnow bi Schwaan u.a.

„Otto dei III.“ stellte 995 up dei Hauptburg von dei Obotriten dei Schenkungsurkunde „Actum Michilinburg“ ut, dei as Geburtsstund´ von uns „Land Meckelnborg“ gült.

Dei führende Obotritenherrscher von dei vereinten slawischen Stämm´ wier dei „Grotfürst Niklot“. Bi ein wieteret Vördingen von dei Dütschen, treckte sik Niklot, nachdem hei dei Burgen Zuarin un Meckelnborg in Brand steckt har, up dei Burg Werle trög un wür dor nahsten im Kampf dödt. Dornah het dei Sachsenherzog „Heinrich der Löwe“ in ´n Updrag von „Kaiser Barabarossa“ entgültig dei Slawen unner sik krägen. Mit „Heinrich der Löwe“ kehmen Zisternienser Mönche na Meckelnborg, dei Karken un Klöster gründten. Dornah keemen dütsche Kolonisten, dei in dei all bestahnen wendischen Urte siedelten un sik vermischten und tausamen mit dei ansässigen Wenden niege Urtschaften gründ´ten; taun Bispill Urte mit dei Endung „-hagen“. Hagen beteikend ein Lichtung, dei man in ´t Holt (Wald) schlagen hett. Taun Schutz vör wilde Tiere wier dat Areal ümtühnt.

Dei Söhn un Nahfolger von Niklot, „Dei Edle Pribislaw“, wesselte 1167 tau ´t Christentum un kreech denn grötsten Deil von ´t ehemalig Obotritenreich as tributpflichtiget Lehen.

Hei wür dormit dei Stammvadder von dei meckelnborger Fürstensippschaft (sien

Graw is in Doberander Münster), wecker dat Land bit 1918 regierte. Pribislaw sien Söhn, „Heinrich Borwin I.“, führte von 1178-1227 dei Herrschaft wierer un heirat Mathilde, dei Tochter von „Heinrich dei Löw´“. (2)

Bideierste Landupdeilung von Meckelnborg, 1229 n.Chr., kreech Fürst Nicolaus I. von Werle un Güstrow de Gebiete üm Güstrow un Schwaan. Dortau keem 1235 de Länderie von Malchow, 1236 von Teterow un Malchin. Siet disse Tied herrschten de damaligen Obotritenfürsten in dat upgedeilte Meckelnborg, ut dat de Fürstenhüser Mecklenburg-Schwerin un Mecklenburg-Strelitz entstahn sünd. De niege König von de Nedderlande, Willem-Alexander löt de Erinnerung an uns Mecklenborger Geschicht werrer einmal lebendig warn:

Sien Vadder, de Dipolmat Klaus von Amsberg stammte ut ein oll meckelnborgschet Adelsgeschlecht. De Urgrotvadder von denn jetzigen König Wilhelm-Alexander, de 1901 Königin Wilhelmina heirat har, wier Herzog Heinrich von Mecklenburg.

Dor segg noch mal einer, dat Meckelnborg ein rückstännig Land is, wo sik Voss un Has gaud Nacht seggen. De Dömllichsten könn wi MeckPom woll nich sin, wo doch de Bundespräsident Gauck und Bundeskanzlerin Merkel ebenso wi de König Willem-Alexander der Niederlande hier ehre Wöddeln hem.

Kurt Kaiser
Plattdütsch Verein „Klömsnack-Rostocker 7“

Quellen: (1) Fritz Reuter „De Urgeschicht von Meckelnborg“, (2) Chronik „Serrahn-Kuchelmiß“ von Jost Fichtner.

Siehe auch die nächste Seite!

Strukturschwache Regionen deutschlandweit unterstützen

Auf Einladung der Linksfraktion im Schweriner Landtag hat in der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden (FVK) der LINKEN stattgefunden. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Ost und West.

Mit der von der FVK verabschiedeten Schweriner Erklärung stellen wir uns dem Auftrag des Grundgesetzes zu Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in Deutschland. Die Linksfraktionen im Bundestag und in Landtagen wollen einen breiten gesellschaftlichen Dialog darüber in Gang setzen, wie deutschlandweit die von Strukturschwäche betroffenen oder bedrohten Regionen unterstützt werden können.

Wir schlagen einen ‚Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in West und Ost‘ oder auch die verfassungsrechtliche Verankerung einer ‚Gemeinschaftsaufgabe sozial-ökologische Strukturentwicklung‘ vor. Darin sehen wir Wege, die öffentlichen Haushalte zu stärken, soziale Integration und Chancengleichheit bei der Teilhabe zu befördern sowie die erforderlichen Angebote der Daseinsvorsorge zu sichern.

Schweriner Erklärung – Gleichwertige Lebensverhältnisse als Ziel des Grundgesetzes

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den zentralen Leitvorstellungen des Grundgesetzes. Die Schaffung bzw. schrittweise Annäherung vergleichbarer Lebensverhältnisse ist unerlässlich, um die soziale Integration zu fördern und die Chancengleichheit bei der Teilhabe an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen sowie lebensnotwendigen Angeboten der Daseinsvorsorge zu sichern.

Verfassungsanspruch aktueller denn je

23 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit, in denen insbesondere im Osten unterschiedlichste Erfahrungen im Angleichungsprozess gesammelt werden konnten und mussten, steht die Verwirklichung dieses Ziels heute vor enormen Herausforderungen. Regionale Unterschiede und soziale Ungleichheiten sind nicht mehr nur ein Ost-West-Problem. Sie entwickeln sich zunehmend bundesweit zu Entwicklungsbremsen. Gerade vor diesem Hintergrund ist auch die aktuelle Klage der unionsgeführten Länder Bayern und Hessen gegen den Länderfinanzausgleich zu kritisieren, denn sie ist unsolidarisch

und letztendlich unverantwortlich.

Unser Angebot für einen breiten Dialog

DIE LINKE in Bundestag und Landtagen will einen anderen Weg einschlagen. Wir wollen einen breiten politischen Dialog darüber, mit welcher gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung die von Strukturschwäche betroffenen oder bedrohten Regionen unterstützt werden können. Wir schlagen einen „Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in West und Ost“ oder auch die verfassungsrechtliche Verankerung einer „Gemeinschaftsaufgabe sozial-ökologische Strukturentwicklung“ vor. Auf diesem Weg muss die Gesundung öffentlicher Haushalte, insbesondere im Interesse leistungsfähiger Kommunen, zentrales Anliegen sein.

Bestätigt durch die FVK am 23.05.2013 in Schwerin.

Schnappschuss

Unsere Rostocker Linksjugend ist sehr aktiv, auch dank Nico Burmeister. Hier klärt er die Bevölkerung über die Bücherverbrennung von 1933 auf (siehe auch S. 1 dieser Ausgabe). Ist es nicht rührend, wie er nebenbei noch Zeit findet, sich um den Hund von Genossin Liv Peter zu kümmern und sie ein paar Minuten von dieser Last zu befreien? Ein vorbildliches Verhalten, meint die Redaktion des Klartext.

Genossin Huchthausen (im Bild links) interessiert sich hingegen mehr für das Infomaterial, das sie vielleicht in einer ihrer plattdeutschen Kolumnen verwerten kann.



Zur Einheit der Linken in der BRD



Ich bin mit einem Vorurteil zu dieser Veranstaltung des Rotfuchs-Fördervereins am 10. Mai gegangen. Unser Gast war Olaf Harms, Landesvorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg und Sekretär ihres Bundesvorstandes. Ich war auf einen Alleinvertretungsanspruch vorbereitet und hatte eine Darstellung der DKP als alleinige Bewahrerin „der reinen Lehre“ erwartet. Ich wurde positiv „enttäuscht“. Olaf zeigte uns zuerst die Entwicklung der DKP nach dem Ende der sozialistischen Staaten Osteuropas. Sie hat Jahre gebraucht, viele interne Auseinandersetzungen geführt und auch Mitglieder verloren um sich selbst in dem neuen gesellschaftlichen Umfeld zu platzieren.

Olaf sagte: „Mit dem Zusammenbruch der DDR brachen auch viele unserer Hoffnungen zusammen“. Die DKP nahm aber diese neuen Herausforderungen an und sicherte zunächst ihre Existenz (personell und materiell), um dann die politische

Auseinandersetzung über den künftigen Kurs der Partei zu führen. Es ging dabei um die Frage, wie die weitere gesellschaftliche Entwicklung vorangetrieben werden kann – Reform oder Revolution.

Gefunden wurde ein Programm, das der Reform in der gegenwärtigen Gesellschaft Raum gibt, aber den entscheidenden Umbruch durch eine grundsätzliche Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse – also der Eigentums- und Verteilungsverhältnisse erreichen will. Die treibende Kraft dazu kann nur die Arbeiterklasse sein. Nun ist dieser Begriff in den letzten Jahren etwas aus dem täglichen Sprachgebrauch entfernt worden, ersetzt man ihn aber durch den Begriff „abhängig Beschäftigte“ ist das so aktuell wie seit 150 Jahren.

Zur Einheit der Linken sollte Olaf Harms aber sprechen und das tat er auch. Ziel muss es sein „einheitliches Handeln auch bei unterschiedlichen ideologischen Positionen zu erreichen. Aufgabe ist dabei, das tägliche Leben für die Masse der Bevölkerung zu verbessern ohne das Ziel zur grundlegenden Änderung des Systems aus den Augen zu lassen.“ Dabei ist die Zusammenarbeit mit allen linken Kräften nicht nur nützlich sondern notwendig.

Gesellschaftliche Reformen können aber immer nur zeitweilig und / oder für einige Gruppen der Bevölkerung Verbesserun-

gen ermöglichen. Sie können die grundsätzliche Veränderung des Systems nicht herbeiführen. Grundlage aller wirklichen Veränderungen bleibt die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Diese Veränderungen sind übrigens möglich lt. Artikel 14 GG und ohne Sturm auf das Bundeskanzleramt. An dieser Einstellung zum Eigentum muss sich auch messen lassen, wer eine sozialistische Gesellschaft erreichen will.

Nicht nur zu meiner großen Freude erklärte Olaf auch: „Man benötigt nicht nur Vorstellungen von der Zukunft, sondern auch einen ehrlichen Blick auf die Vergangenheit.“ Dazu gehört, die Vorzüge des Lebens in der DDR zu würdigen, sie in der Diskussion hervorzuheben und jeder Verteufelung der DDR entschieden entgegen zu treten. Wörtlich: „Der Sozialismus in der DDR war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse.“ Dem ist nichts hinzu zu fügen.

Peter Möller

Wahlkreistag von Heidrun Bluhm



Heidrun Bluhm besuchte am Nachmittag des 7.5.2013 den Kreisverband Mecklenburg-Mitte e.V der Volkssolidarität in Güstrow. Gesprächspartner war die Vorstandsvorsitzende Barbara Schäfer. Heidrun beantwortete Fragen zum Bildungs- und Teilhabepaket, zur Novellierung des Kindertagesstätten-Gesetzes, zur Aufrechterhaltung der Beratungsstellen (feste Kriterien Psychologische Beratung) und

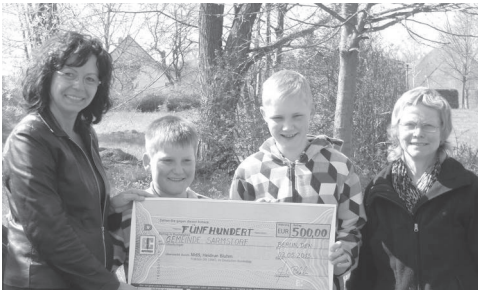
zur häuslichen Krankenpflege. Am Abend war Heidrun Bluhm Gast beim Rotfuchs-Förderverein, Ortsgruppe Güstrow. Das Motto war „Gemeinsam für einen Mitgliederstarken Einzug der Linken in den neuen Bundestag“. Heidrun stand dabei Rede und Antwort. (siehe Foto unten)



Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Donnerstag, 6. Juni	18:30 Uhr	Kreistagsfraktionssitzung	Güstrow	Kreisverwaltung
Samstag, 8. Juni	09:00 Uhr	4. Tagung des 1. Kreisparteitages KV Landkreis Rostock	Güstrow	Bürgerhaus Güstrow
Mittwoch, 12. Juni	15:00 Uhr	60. Jahrestag des 17. Juni 1953 - Ein Zeitzeuge berichtet, RotFuchs-Forum mit Dr. Norbert Podewin	Rostock	MGH Evershagen
Donnerstag, 13. Juni	16:00 Uhr	"Aktuelle Aspekte der Innen- und Außenpolitik der VR China", RotFuchs-Forum mit Rolf Berthold	Güstrow	Haus der Generationen
Montag, 17. Juni	18:00 Uhr	Gesamtmitglieder-Versammlung Lütten Klein	Rostock	MGH Lütten Klein, Danziger Straße
Dienstag, 18. Juni	17:00 Uhr	Kreisparteitag DIE LINKE. Rostock	Rostock	Stadhalle, Saal 3
Mittwoch, 19. Juni	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 19. Juni	17:30 Uhr	Gesamtmitglieder-Versammlung Reutershagen mit Prof. Christa Luft	Rostock	Etka-André-Str. 53
Donnerstag, 20. Juni	14:00 Uhr	ISOR	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 20. Juni	15:00 Uhr	Gesamtmitglieder-Versammlung mit Ida Schillen	Rostock	MGH Evershagen
Donnerstag, 20. Juni	16:30 Uhr	"Stilles Gedenken für Lieselotte Herrmann", mit Ingrid Buchhorn (RotFuchs)	Güstrow	Fachhochschule
Freitag, 21. Juni	18:00 Uhr	Kreisvorstand LRO	Kritzkow	Gaststätte
Dienstag, 25. Juni	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 2. Juli	17:00 Uhr	Kreisvorstand Rostock	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 4. Juli	16:30 Uhr	RotFuchs-Forum mit Egon Krenz zum Thema Ulbricht	Güstrow	Haus der Generationen

Tour der Guten Taten



Am 02.05.2013 übergab die Bundestagsabgeordnete Heidrun Bluhm einen Scheck an die Gemeinde Sarmstorf. Somit setzte sie ihre „Tour der Guten Taten“ fort.

Sprechstunde des Rostocker Kreisvorsitzenden

Jeden Dienstag lädt Wolfgang Methling zum Gespräch. Zwischen 10 und 14 Uhr können alle Interessierten in der Stephanstraße 17 vorbeikommen, um mit ihm zu diskutieren. Eine telefonische Anmeldung ist unter 0381/4920010 möglich.



Interview mit Petra Pau

Fortsetzung von S. 9

Bei den Untersuchungen ging es vor allem um Tatorte, um Ermittlungen, um die so genannte Sicherheitsarchitektur. Von Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus war kaum die Rede.

Die Expertenanhörung am Ende unserer Untersuchungen hat mich bestätigt. Es fehlt an einer fundierten wissenschaftlichen Analyse zum gesellschaftlichen Problem Rassismus, ebenso zum Rechtsextremismus. Und es mangelt an einer politischen Koordinierung von allem nötigen Engagement und aller Initiativen dagegen.

Das alles klingt nun wieder mehr nach Anfang, als nach Abschluss?

Richtig. Der Untersuchungsausschuss wird Vorschläge unterbreiten, sachliche und dringende, wie wir finden. Es liegt an den politisch und fachlich Verantwortlichen, sie umzusetzen. Und über allem schwebt die Drohung: Bislang war die NSU-Nazi-Mordserie einmalig...

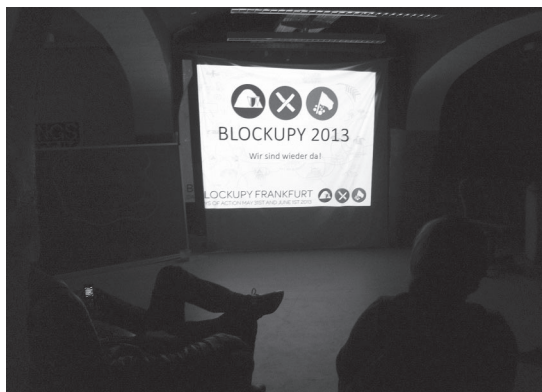
Danke auch für diese Einschätzungen.

Ich danke. Wir Abgeordneten waren ja gelegentlich im Fernsehen zu sehen, quasi als Gesicht des Ausschusses, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hingegen nicht. Sie haben unglaublich engagiert im Hintergrund gearbeitet und das als Tag und Nacht verlässliches Team.

Interview: Rainer Brandt

linksfraktion.de, 19. Mai 2013

Gelungene Bildungskeller-Veranstaltung



Vom 31. Mai bis 1. Juni fanden in Frankfurt am Main die Blockupy-Aktionstage 2013 statt. Die anhaltende sogenannte Finanzkrise schlägt weiter um sich und betrifft wie immer vor allem die ärmeren Schichten der europäischen Gesellschaften. Die linksjugend [solid] Rostock lud im Vorfeld der Aktionstage zum Film- und Diskussionsabend ein, um sich mit der kapitalistischen Krise näher zu beschäftigen. Die Runde der Anwesenden war zwar klein, dennoch konnten wir neue Menschen kennenlernen, die sich für unsere Arbeit im Allgemeinen und für die Blockupy-Aktionstage im Besonderen interessierten. Kurz nach 20 Uhr ging es los. Als Einstieg wurde in einem kurzen Vortrag der Verlauf der sogenannten Finanzkrise – die nichts anderes als die

logische Entwicklung des kapitalistischen Systems ist – skizziert und die bevorstehenden Aktionstage in Frankfurt am Main erläutert. Schon vergangenes Jahr kamen mehrere zehntausend Menschen in die Stadt, um unter anderem die Europäische Zentralbank, das Zentrum des europäischen Krisenregimes, symbolisch zu blockieren.

Nach diesem Input folgte der Film „Catastroika“. Der Film zeigt den wirtschaftlichen Niedergang Griechenlands durch die Sparpolitik der Troika aus IWF, EZB und EU. In beeindruckenden Interviews werden die Hintergründe der europäischen Finanzkrise geschildert, die seit Jahren die Gesellschaft in Atem hält. Im Anschluss an den Film wurde noch einmal für die Fahrt nach Frankfurt am 31. Mai geworben. Auch aus Rostock fuhren Menschen nach Frankfurt, die sich den Aktionstagen anschlossen. Für die kurze Mobilisierungszeit unserer Veranstaltung können die Durchführung und die Teilnehmer_Innenzahl nur zufriedenstellen. Veranstaltungen dieser und ähnlicher Art werden also auch in Zukunft ein Bestandteil unserer Arbeit sein.

Nico Burmeister

Geburtstage im Landkreis

Geburtstage Juni 2013

Sven Friesecke	BO Amt Rostocker Heide	35. Geburtstag
Klaus Gehrhardt	BO Kühlungsborn	55. Geburtstag
Klaus Hillig	BO Retschow	75. Geburtstag
Erika Ibendorf	BO Lichtenhagen-Dorf	88. Geburtstag
Johannes Keil	BO Rerik	80. Geburtstag
Albert Kraatz	BO Amt Schwaan	87. Geburtstag
Erika Kroepelin	BO Neubukow	81. Geburtstag
Dieter Lau	BO Dummerstorf	81. Geburtstag
Günther Pfob	BO Rerik	75. Geburtstag
Eva Tamms	BO Amt Rostocker Heide	83. Geburtstag
Anke Weymann	BO Neubukow	55. Geburtstag
Herbert Winter	BO Neubukow	85. Geburtstag

Up un Dal



Gewinner: Genossin Christiane Müller, die mit fast 91 Prozent der Stimmen die Bürgermeisterwahl im Ostseebad Dierhagen gewonnen hat. Herzlichen Glückwunsch!

Verlierer: Hindenburg wurde von der Liste der Rostocker Ehrenbürger gestrichen.

Monatszitat

„Ich bin, meine Herren, das wissen Sie alle, ein entschiedener Gegner dieses Systems, ich bekämpfe es mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln und kann nicht anders ein Heil für das Volk selbst erblicken, als bis dieses System in Grund und Boden zerschlagen und zertrümmert ist.“ (August Bebel 1869 im Norddeutschen Reichstag)

Monatszahl

Etwa 100.000 Menschen sind in den letzten 25 Jahren durch die ugandische Rebellenarmee „Lord's Resistance Army“ in Zentralafrika getötet worden.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand die Konferenz zum sozial-ökologischen Umbau statt?
2. Welche Landesarbeitsgemeinschaft feierte ihren 20. Geburtstag?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 30.06.2013